



DRITTER GESETZGEBUNGS-AUSSCHUSS
TERZA COMMISSIONE LEGISLATIVA

Bozen | Bolzano, 18.9.2015

BERICHT ZUM BEGEHRENSGESETZENTWURF

Nr. 2/15

Bürokratische Erleichterung für Betriebe bei der Ausstellung und Übermittlung von Rechnungen an öffentliche Verwaltungen

eingebracht von den Landtagsabgeordneten Andreas Pöder und Elena Artioli

Die Arbeiten im Ausschuss

Der Begehrensgesetzentwurf Nr. 2/15 wurde vom III. Gesetzgebungsausschuss in der Sitzung vom 18. September 2015 behandelt. An den Ausschussarbeiten nahmen auch der Erstunterzeichner, Abg. Andreas Pöder, sowie Dr. Ludwig Castlunger, Direktor des Amtes für Einnahmen, und Dr. Stefano Brioschi, Koordinator des Bereichs Steuerberatung der Abteilung Finanzen, teil.

Da es sich um einen Begehrensgesetzentwurf mit einem einzigen Artikel handelt, wurden die Generaldebatte und die Artikeldebatte gemäß Artikel 100 der Geschäftsordnung gemeinsam abgehalten.

Der Erstunterzeichner, Abg. Pöder, erläuterte seinen Begehrensgesetzentwurf und wies darauf hin, dass die Einführung der elektronischen Rechnungslegung durch staatliche Bestimmungen ohne einen angemessenen Übergangszeitraum den kleinen Unternehmen des Landes beachtliche Schwierigkeiten bereite. Er erklärte, nichts gegen die Digitalisierung und die Verwendung von IT-Technologien zu haben, deren Einsatz mittlerweile sehr verbreitet ist, machte jedoch darauf aufmerksam, dass die Pflicht, Rechnungen an die öffentliche Verwaltung über die elektro-

RELAZIONE SUL PROGETTO DI LEGGE

N. 2/15

Facilitazioni burocratiche alle aziende per l'emissione e l'invio di fatture alle amministrazioni pubbliche

presentato dai consiglieri provinciali Andreas Pöder e Elena Artioli

I lavori in commissione

La III commissione legislativa ha esaminato il progetto di legge n. 2/15 nella seduta del 18 settembre 2015. Ai lavori della commissione hanno partecipato anche il primo firmatario, cons. Andreas Pöder, nonché il dott. Ludwig Castlunger, direttore dell'ufficio entrate, e il dott. Stefano Brioschi, coordinatore del settore consulenza fiscale della Ripartizione Finanze.

Trattandosi di un progetto di legge ad articolo unico, ai sensi dell'articolo 100 del regolamento interno la discussione generale e quella articolata si sono svolte congiuntamente.

Il primo firmatario, cons. Pöder, ha illustrato il progetto di legge evidenziando come l'introduzione della fatturazione elettronica da parte di disposizioni statali senza un congruo periodo transitorio abbia comportato notevoli difficoltà alle piccole imprese locali. Egli ha precisato di non essere di certo contro la digitalizzazione e l'uso di tecnologie informatiche che sono ormai di comune dominio, tuttavia ha precisato che per le piccole imprese locali l'obbligo della fatturazione elettronica nei rapporti con la pubblica amministrazione si risolve in un mero aggravio burocratico.

nische Rechnungslegung auszustellen, für die kleinen lokalen Unternehmen lediglich eine bürokratische Belastung darstelle. Die Gemeindeverwaltungen selbst hätten bestätigt, dass es bei kleinen Aufträgen schwierig geworden sei, lokale Anbieter zu finden. Der Abgeordnete räumte ein, dass die Handelskammer einen Dienst zur Hilfestellung bei der elektronischen Rechnungslegung anbietet, betonte jedoch, dass ein Mindestbetrag eingeführt werden sollte, unter dem nicht zwingend eine elektronische Rechnung ausgestellt werden muss.

Der Vorsitzende Tschurtschenthaler verlas sodann das Gutachten des Rates der Gemeinden.

Im Rahmen der Generaldebatte meldete sich Dr. Castlunger zu Wort, um klarzustellen, dass eine etwaige Genehmigung keine Vereinfachung für die öffentlichen Verwaltungen ermöglichen würde, da diese dann je nach Rechnungsbetrag zwei verschiedene Verfahren anwenden müssten. Nachdem er daran erinnert hatte, dass der Staat die neue Regelung auch zwecks Bekämpfung der Steuerhinterziehung eingeführt hat, brachte Dr. Castlunger seine Zweifel zur Anwendbarkeit dieses Vorschlages zum Ausdruck, da er seiner Meinung nach auch für die lokalen Unternehmer kaum von Vorteil wäre, die gegebenenfalls auch öffentliche oder private Dienste für die elektronische Rechnungslegung in Anspruch nehmen können.

Der Abg. Steger schickte voraus, dass er für die Digitalisierung sei, erinnerte dann jedoch daran, dass zur Zeit der Einführung der Bestimmungen zur elektronischen Rechnungslegung geplant war, kleine Beträge davon auszunehmen. Er räumte ein, dass durch die Einführung der elektronischen Rechnungslegung zahlreiche kleine Unternehmen, darunter auch landwirtschaftliche Betriebe, ihre Beziehungen zur öffentlichen Verwaltung eingeschränkt, wenn nicht ganz aufgelöst haben, da sie den Aufwand für die elektronische Rechnungslegung als zu groß befanden. Der Abgeordnete kritisierte die staatliche Gesetzgebung, da seiner Ansicht nach oft bedeutende Neuheiten eingeführt würden, ohne dass eine angemessene Übergangszeit gewährt werde, wie das in Deutschland oder Österreich der Fall sei. Er gab an, dass die kleinen lokalen Unternehmen durch die elektronische Rechnungslegung benachteiligt seien: In Südtirol bestünden zahlreiche kleine Unternehmen, darunter auch viele Familienunternehmen, die keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen für die wenigen Aufträge seitens der öffentlichen Verwaltung mehr auf sich nehmen können.

Le stesse amministrazioni comunali hanno riconosciuto che nel caso di piccoli incarichi è diventato difficile trovare degli offerenti locali. Il consigliere ha riconosciuto che la Camera di commercio offre un servizio di ausilio per la presentazione di fatture elettroniche ma ha ribadito che andrebbe introdotto un limite al di sotto del quale non debba essere obbligatorio presentare una fattura elettronica.

Il presidente Tschurtschenthaler ha letto il parere del Consiglio dei Comuni.

Nell'ambito della discussione generale congiunta è intervenuto il dott. Castlunger per chiarire che l'eventuale approvazione non comporterebbe una semplificazione per le amministrazioni pubbliche in quanto queste dovrebbero gestire due procedure diverse in base all'importo della fattura. Il dott. Castlunger, ricordato che lo Stato ha introdotto la normativa anche per contrastare l'evasione fiscale, ha espresso dubbi sull'applicabilità di tale proposta ritenendola poco vantaggiosa pure per gli imprenditori locali che possono, in caso, anche usufruire di servizi pubblici o privati per la fatturazione elettronica.

Il cons. Steger, premesso di essere a favore della digitalizzazione, ha ricordato che all'epoca dell'introduzione della normativa sulla fattura elettronica si volevano escludere i piccoli importi. Egli ha ammesso che a causa dell'introduzione della fattura elettronica diverse piccole imprese, anche agricole, hanno ridotto, se non chiuso, i rapporti con la pubblica amministrazione ritenendo troppo complessa la procedura di fatturazione elettronica. Egli ha espresso critiche al legislatore statale che, a suo avviso, spesso introduce novità importanti senza prevedere un periodo transitorio per l'adeguamento, così come avviene invece in Germania e in Austria, e ha affermato che le piccole imprese locali sono svantaggiate dalla fatturazione elettronica, visto che l'Alto Adige presenta un elevato tasso di piccole imprese, anche familiari, che non possono affrontare un ulteriore carico burocratico per i pochi incarichi con la pubblica amministrazione.

Der Abg. Wurzer pflichtete den Abg.en Pöder und Steger bei und fügte hinzu, dass man zwar die elektronische Rechnungslegung nicht mehr verhindern könne, man jedoch in jedem Fall die Situation auf lokaler Ebene berücksichtigen müsse. Er bestätigte, dass viele lokale Unternehmen ihre Liefer- oder Dienstleistungsbeziehungen mit der öffentlichen Verwaltung eingestellt haben. Der Abgeordnete bestätigte die Notwendigkeit, gegen Steuerhinterziehung anzukämpfen, warf jedoch die Frage auf, ob es in diesem Zusammenhang richtig sei, die kleinen lokalen Unternehmen im Stich zu lassen, die trotz der Dienste der Handelskammer bei kleinen Aufträgen keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen auf sich nehmen möchten.

Der Abg. Renzler erklärte, dass er mit den Ausführungen seiner Vorredner prinzipiell einverstanden sei, erinnerte jedoch daran, dass die Einführung der elektronischen Rechnungslegung vor über einem Jahr genehmigt wurde und die Zeit für eine Umstellung ausreichend gewesen sei. Die Digitalisierung sei außerdem schon in mehreren anderen Bereichen, offenbar ohne Schwierigkeiten, umgesetzt worden. Der Abgeordnete fügte abschließend hinzu, dass der Digitalisierungsprozess nicht aufgehalten werden könne und fragte, wie viel Zeit bis zur definitiven Genehmigung der Abänderung des staatlichen Gesetzes verstreichen könne.

Der Abg. Köllensperger gab an, dass sich die Digitalisierung mittlerweile in fast allen Gewerbebranchen durchgesetzt habe, man jedoch nicht bestreiten könne, dass nicht alle in der Lage seien, eine Internetplattform und digitale Dienste problemlos zu verwenden. Er erklärte, mit dem Begehrgesetzentwurf einverstanden zu sein, da es sich um eine Ausnahme handle, die sich die öffentliche Verwaltung als Entgegenkommen angesichts der spezifischen Bedürfnisse der lokalen Bürgerschaft leisten könne.

Der Abg. Heiss sprach sich für den Vorschlag aus, hielt es jedoch für unwahrscheinlich, dass er definitiv genehmigt werde. Auch er kritisierte das Vorgehen zur Einführung der verpflichtenden elektronischen Rechnungslegung ohne jegliche Auseinandersetzung mit der Situation auf lokaler Ebene und erklärte schließlich, dass die vorgeschlagene Ausnahme kaum zur Steuerhinterziehung beitragen werde.

Der Abg. Tinkhauser pflichtete dem Abg. Heiss bei und gab an, dass inzwischen auch die kleinen Unternehmen gut organisiert seien und vielleicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe und kleinen Geschäfte

Il cons. Wurzer ha dichiarato di condividere le affermazioni dei cons. Pöder e Steger precisando che se la fatturazione elettronica non può di certo essere fermata, si deve in ogni caso tenere conto della realtà locale e ha confermato che diverse imprese locali hanno chiuso i rapporti di servizio o fornitura con la pubblica amministrazione. Il consigliere ha convenuto sull'importanza di combattere l'evasione fiscale ma ha chiesto se sia contestualmente corretto abbandonare le piccole realtà locali che nonostante i servizi offerti dalla Camera di commercio non intendono sobbarcarsi nuovi oneri burocratici per piccoli incarichi.

Il cons. Renzler ha dichiarato di condividere le finalità dei precedenti interventi ma ha ricordato che la fatturazione elettronica è stata approvata da più di un anno, che pertanto c'era tempo sufficiente per adeguarsi e che la digitalizzazione è già stata introdotta in diversi altri ambiti senza apparente difficoltà. Il consigliere ha infine affermato che il processo di digitalizzazione non può essere arrestato e ha chiesto quanto tempo possa passare fino alla definitiva approvazione della modifica della legge statale.

Il cons. Köllensperger ha dichiarato che la digitalizzazione è ormai penetrata nel tessuto commerciale ed è presente in quasi tutti i settori, ciò nonostante non si può negare che non tutti siano in grado di utilizzare senza problemi piattaforme online e servizi digitali. Egli ha quindi dichiarato di essere a favore del progetto di legge ritenendolo un'eccezione che la pubblica amministrazione possa permettersi per venire incontro alle esigenze specifiche della cittadinanza locale.

Il cons. Heiss si è espresso a favore della proposta pur affermando che difficilmente la modifica possa essere approvata definitivamente. Anche il consigliere ha contestato le modalità di introduzione dell'obbligo di fatturazione elettronica, senza alcun confronto con le realtà locali, e ha infine dichiarato che l'eccezione prevista difficilmente contribuirà all'evasione fiscale.

Il cons. Tinkhauser, concordando con quanto affermato dal cons. Heiss, ha dichiarato che ormai anche le piccole imprese sono ben organizzate e forse solo gli imprenditori agricoli e i piccoli negozi potrebbero

von der elektronischen Rechnungslegung befreit werden könnten. Schließlich betonte er, dass es in jedem Fall schwierig sein werde, bei Beziehungen zur öffentlichen Verwaltung Steuern zu hinterziehen.

Die Abg. Hochgruber Kuenzer erklärte, dass sie von einigen kleinen Unternehmen, die Verträge mit Gemeinden über die Lieferung einzelner Güter hatten, erfahren habe, dass sie aufgrund des bürokratischen Aufwandes im Zusammenhang mit der elektronischen Rechnungslegung, die Lieferungen eingestellt haben. Die Abgeordnete erinnerte daran, dass man zur Förderung lokaler Produkte den Bedürfnissen der kleinen lokalen Betriebe entgegenkommen müsse, die oft nur wenige Lieferverträge mit den Gemeinden haben, da die größeren Lieferaufträge größtenteils von Genossenschaften übernommen werden.

Der Vorsitzende Tschurtschenthaler bestätigte die Aussagen der Abgeordneten Hochgruber Kuenzer.

Dr. Castlunger merkte an, dass die elektronische Rechnungslegung auch für die Unternehmen Vorteile mit sich bringt, da die Transparenz in den Beziehungen verbessert und eine raschere Begleichung der Rechnungen seitens der öffentlichen Verwaltung erzielt wurden. Er erinnerte daran, dass die erforderlichen Daten größtenteils jene sind, die auch auf herkömmlichen Rechnungen angegeben werden und daher die elektronische Rechnungslegung angesichts dessen, dass die Rechnungen im Allgemeinen schon elektronisch verfasst werden, beinahe keine Erschwernis mit sich bringt.

In seiner Replik erklärte der Abg. Pöder, dass es sich nicht um einen ideologischen Streit handle, auch weil die Digitalisierung früher oder später ohnehin gänzlich umgesetzt werde; die fehlende Übergangsphase habe jedoch gezeigt, dass die staatliche Regelung lückenhaft sei, da auf die Besonderheiten der lokalen Ebene keine Rücksicht genommen wurde. Der Abgeordnete betonte darauf, dass auch die öffentliche Verwaltung sich gegen die Digitalisierung auflehne und nannte als Beispiel den Landtag, wo trotz mehrerer Ankündigungen in keinem Tätigkeitsbereich auf die Papierform verzichtet wird; man müsse sich daher fragen, wie man vom einzelnen Bürger ein gegenteiliges Verhalten erwarten könne. Der Abgeordnete hob hervor, dass man die Situation der Landesverwaltung nicht mit jener der Gemeinden vergleichen könne, wo noch kleine Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe bestünden, die den Gemeinden auch einzelne Dienstleistungen erbringen oder Güter

essere esentati dalla fatturazione elettronica. Egli ha poi concluso ribadendo che in ogni caso sarà ben difficile evadere le tasse avendo rapporti con la pubblica amministrazione.

La cons. Hochgruber Kuenzer ha precisato di essere a conoscenza di alcune piccole aziende che, avendo contratti di fornitura per singoli beni con i Comuni, hanno ritenuto di non proseguire con la fornitura proprio a causa degli oneri burocratici derivanti dall'obbligo di fatturazione elettronica. La consigliera ha poi ricordato che se si vogliono promuovere i prodotti locali allora si deve anche venire incontro alle esigenze delle piccole aziende locali che spesso hanno pochi rapporti di fornitura con i Comuni, considerato che le forniture importanti passano comunque attraverso le cooperative.

Il presidente Tschurtschenthaler è intervenuto per confermare quanto osservato dalla cons. Hochgruber Kuenzer.

Il dott. Castlunger ha precisato che la fatturazione elettronica ha portato vantaggi anche alle imprese migliorando la trasparenza dei rapporti e i tempi di pagamento delle fatture da parte della pubblica amministrazione. Egli ha poi ricordato che i dati richiesti sono fondamentalmente quelli già presenti in una normale fattura e che pertanto la fatturazione elettronica, visto l'utilizzo generalizzato di strumenti elettronici anche nella formazione delle fatture, non comporta quasi alcun aggravio.

Nella sua replica, il cons. Pöder ha precisato che non si tratta di una battaglia ideologica anche perché prima o poi la digitalizzazione verrà attuata completamente, ma la mancanza di una fase transitoria ha mostrato che la normativa statale è lacunosa, non considerando le specificità delle realtà locali. Il consigliere ha poi evidenziato quanto anche la pubblica amministrazione faccia resistenza alla digitalizzazione portando l'esempio del Consiglio provinciale dove, nonostante annunci vari, non è ancora stata eliminata la carta da alcun procedimento; egli si è chiesto come si possa invece pretendere l'opposto dal singolo cittadino. Egli ha sottolineato come poi non si possa fare un paragone fra la realtà dell'amministrazione provinciale con quella dei Comuni dove ancora esistono piccoli artigiani o contadini che forniscono anche singoli beni o servizi al Comune e ai quali quindi non ha senso chiedere oneri burocratici pensati a livello statale senza, tra l'altro, una fase transi-

liefern, wodurch es keinen Sinn habe, einen großen zusätzlichen Bürokratieaufwand auf staatlicher Ebene vorzuschreiben, ohne eine Übergangsfrist zur Anpassung an die neue Regelung zu gewähren. Schließlich bestätigte der Abgeordnete, dass der Begehrensgesetzentwurf darauf abziele, die kleinen lokalen Betriebe zu unterstützen, und versicherte, dass dadurch angesichts der geringen Beträge entgegen den Befürchtungen keinerlei Steuerhinterziehungen gefördert würden.

Der Vorsitzende brachte daraufhin zunächst den Änderungsantrag und dann den Begehrensgesetzentwurf zur Abstimmung.

Artikel 1 (einziger Artikel): Der Ausschuss genehmigte mehrheitlich den Änderungsantrag der Abgeordneten Steger, Wurzer, Hochgruber Kuenzer und Tschurtschenthaler, der darauf abzielt, den Betrag, unterhalb dem eine elektronische Rechnungslegung nicht zwingend erfolgen muss, auf 2.000 Euro zu erhöhen, wie im Gutachten des Rates der Gemeinden nahegelegt wurde.

In der Schlussabstimmung nach Maßgabe von Art. 100 der Geschäftsordnung wurde der Begehrensgesetzentwurf Nr. 2/15 mit 7 Jastimmen (des Vorsitzenden Tschurtschenthaler und der Abgeordneten Wurzer, Steger, Hochgruber Kuenzer, Tinkhauser, Heiss und Köllensperger) und 1 Enthaltung (des Abg. Renzler) genehmigt.

Der Beschluss des Ausschusses über das Gutachten des Rates der Gemeinden wurde mit 7 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

VR/ed/hz/ci

toria per potersi adeguare alla nuova normativa. Il consigliere ha infine concordato sul fatto che la proposta di legge tende a sostenere la piccola produzione locale assicurando che, visti gli importi, non condurrà di certo a ventilate evasioni fiscali.

Il presidente ha quindi posto in votazione un emendamento e quindi il progetto di legge.

Articolo 1 (articolo unico): la commissione ha approvato a maggioranza l'emendamento, presentato dai cons. Steger, Wurzer, Hochgruber Kuenzer e Tschurtschenthaler volto ad portare a 2.000 euro l'importo al di sotto del quale non è necessaria la fattura elettronica, così come richiesto dal Consiglio dei Comuni nel proprio parere.

In sede di votazione finale ai sensi dell'articolo 100 del regolamento interno, il progetto di legge n. 2/15 è stato approvato con 7 voti favorevoli (del presidente Tschurtschenthaler e dei cons. Wurzer, Steger, Hochgruber Kuenzer, Tinkhauser, Heiss e Köllensperger) e 1 astensione (del cons. Renzler).

La delibera della commissione sul parere del Consiglio dei comuni è stata approvata dalla commissione con 7 voti favorevoli e 1 astensione.

AG/UW

Der Vorsitzende des Ausschusses | Il presidente della commissione
- Christian Tschurtschenthaler -